

Bereich: Finanzen
Az: 20
Datum: 21.09.2002

2002/274
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	08.10.2002	
Rat der Stadt	10.10.2002	

Betreff

Finanzcontrolling: Unternehmensbericht

Finanzielle Auswirkungen ☐ keine haushaltsmäßige Berührung ☒ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses % =
---	--

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt den Unternehmensbericht September 2002 zur Kenntnis.

Kruse

Sachverhalt

Der Unternehmensbericht prognostiziert für den **Verwaltungshaushalt Budgetverschlechterungen** von rd. **3,7 Mio. €** und für den **Vermögenshaushalt** von rd. **1,9 Mio. €**.

Die negative Prognose für den Verwaltungshaushalt ergibt sich insbesondere aufgrund der Steuermindereinnahmen im Allgemeinen Finanzbudget von rd. 2,8 Mio. € und den Mehrbedarf für Personalkosten im Budget der Unternehmenszentrale von rd. 580.000 €. Es bleibt zu hoffen, dass sich zum Jahresende Budgetverbesserungen ergeben, die die prognostizierten Verschlechterungen reduzieren. Eine konkretere Aussage kann voraussichtlich zum letzten Finanzbericht im November erfolgen.

Verwaltungshaushalt

Die Prognose für das **Allgemeine Finanzbudget** beläuft sich für den **Verwaltungshaushalt** auf eine **Budgetverschlechterung** von rd. **2,8 Mio. €**. Ursache hierfür sind insbesondere Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer von rd. 1,1 Mio. €, beim örtlichen Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer von rd. 1,5 Mio. €, der Umsatzsteuerbeteiligung mit ca. 35.000 € und der Zweitwohnungssteuer von rd. 150.000 €. Weitere Verschlechterungen ergeben sich durch die Nichtrealisierung der HSK-Maßnahme Verlustreduzierung Duales System, Mindereinnahmen bei den Konzessionsabgaben Gelsenwasser und RWE sowie einem Mehrbedarf bei den Kassenkreditzinsen.

Durch eine geringere Zahllast für den Fonds Deutsche Einheit und der Gewerbesteuerumlage, Minderausgaben bei der Mehrwertsteuer für die Forum sowie Mehreinnahmen aus der Konzessionsabgabe VEBA und bei der Gewerbesteuvollverzinsung wird der Fehlbedarf auf 2,8 Mio. € verringert.

Das **Budget** der **Unternehmenszentrale** weist eine **Budgetverschlechterung** von rd. **540.000 €** aus. Diese Verschlechterung resultiert aus Mehrkosten für die Bundestagswahl und die Verbraucherberatung, Erstattungen an den EUV aus der Abrechnung 2001 für den Teilbetrieb VII (Umweltschutz und Grundsteuer A/B) und einem Mehrbedarf für Personalausgaben von rd. 560.000 € auf die laut Ratsbeschluß festgeschriebenen Ist-Personalkosten des Jahres 2001. In diesem Mehrbedarf ist u. a. ein prognostizierte Verschlechterung bei den Beihilfezahlungen in Höhe von rd. 135.000 € enthalten. Es handelt sich hier um eine Ausgabeposition, die nicht steuerbar ist. Mehrausgaben gegenüber dem Jahr 2001 aufgrund von Tarifsteigerungen konnten teilweise im Rahmen des Sammelnachweises finanziert werden. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre kann davon ausgegangen werden, dass sich der Mehrbedarf noch reduzieren kann.

Im Budget des **Betriebes 1** ergeben sich keine Veränderungen.

Der **Betrieb 2** prognostiziert **Verschlechterungen** von **rd. 173.200 €**. Budgetverbesserungen der Bereiche 16 - Interne Dienste und 59 - Fachstelle für Wohnungssicherung stehen Verschlechterungen im Bereich 55 - Hilfen zur Erziehung/Jugendarbeit, Bereich 56 - Einrichtungen der Jugendhilfe und Bereich 57 - Wirtschaftliche Hilfen gegenüber. Bei den dezentralen Personalkosten der Bereiche 56 und 57 ergibt sich Mehrbedarf von 46.000 € (56 = 30.000 €, 57 = 16.000 €). Auch die dezentralen Personalkosten des Betriebes 2 wurden festgeschrieben.

Das Budget des **Betriebes 3** weist **Verschlechterungen** von **375.000 €** aus. Budgetverbesserungen des Bereiches 62 - Vermessung stehen Verschlechterungen im Bereich 63 - Bauordnung, Bereich 66 - Tiefbau und Bereich 67 - Grünflächenwesen gegenüber. Bei den dezentralen Personalkosten des Bereichs 67 ergibt sich ein Mehrbedarf von 60.000 €. Auch die dezentralen Personalkosten des Betriebes 3 wurden festgeschrieben.

Vermögenshaushalt

Im **Vermögenshaushalt** des **Allgemeinen Finanzbudgets** ergeben sich **Budgetverschlechterungen** in Höhe von hier rd. **1,8 Mio. €**. Diese resultieren in erster Linie aus Mindereinnahmen bei Grundstücksverkäufen sowie Mehrausgaben für die Mittelbereitstellung für den kommunalen Anteil an der Krankenhausfinanzierung des Landes NW. Verbesserungen ergeben sich aus Mehreinnahmen aufgrund von vorzeitigen Darlehnsablösungen und der Eigenanteilsfinanzierung der Maßnahmen Busbahnhof und Industrieachse aus dem Kreisfonds (VEW-Aktienerlös).

Im **Budget** der **Unternehmenszentrale** ergibt sich ebenfalls eine **Budgetverschlechterung** von rd. **25.000 €**. Diese Verschlechterung ergibt sich aus der Kostenerstattung an die Landesentwicklungsgesellschaft für den Kreisverkehr Herner Straße und der Mindereinnahme für die „Fahrradstation Hauptbahnhof“ aufgrund der Erstellung des Verwendungsnachweises für die Maßnahme.

Im Budget der **Betriebe** ergeben sich keine Veränderungen.

Durch weitere Einsparungen und den Verzicht auf eine weitere Rücklagezuführung und die Bildung einzelner Haushaltsreste ist zu erwarten, dass der Vermögenshaushalt im Jahresabschluß 2002 ausgeglichen wird.